

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 73 (1993)
Heft: 6

Artikel: Islamisten als "Nachfolger" der Kommunisten : alter Konfliktherd und neues Feindbild
Autor: Durán, Khalid
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-165178>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Khalid Durán

Islamisten als «Nachfolger» der Kommunisten

Alter Konfliktherd und neues Feindbild

Nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums ist sogleich die Frage gestellt worden, ob es einen Nachfolger für den Feind des Westens und der Freien Welt gebe, und wenn, wo man diesen Nachfolger zu suchen habe. Einer der meistgenannten Kandidaten für diese Rolle ist die Welt des Islam. Im gleichen Atemzug wurde oft gesagt, bei der Vorstellung vom Islam als neuem Feind handle es sich um eine Hypothese, die sich wohl kaum belegen lasse. Bisweilen wurde der Islam nur indirekt genannt, insofern, als manche Analytiker sich darauf beschränkten zu sagen, der Islam sei es *nicht* – womit sie verrieten, dass immerhin der Islam ihnen als erstes in den Sinn kam oder sie sich zumindest bewusst waren, dass andere an erster Stelle den Islam nennen würden.

Früher hatte man nicht selten gesagt, der Kommunismus sei an die Stelle des Islam getreten – als Herausforderer Europas. In den Jahrhunderten der spanischen *Reconquista* kam den Mauren diese Rolle zu, und Maure (*moro*) steht im Spanischen nicht für Araber, sondern für Muslim. Auch philippinische Muslime wurden bekanntlich *moros* genannt. Später sah man *den Türken* als den Feind an sich an, ähnlich wie nach dem Ersten und mehr noch nach dem Zweiten Weltkrieg *den Russen*.

Eigentlich sollte es sich erübrigen, auf die friedensfördernden Elemente in der islamischen Lehre zu verweisen, doch zeigt sich immer wieder, wie sehr diese in der westlichen Welt unterschätzt werden. Dabei ist es gerade diese Unterschätzung der positiven Werte im Islam, die Muslime so gegen den Westen aufbringt. Im abendländischen Kulturbereich herrscht ein Image vom Islam vor, aus dem Militanz nicht wegzudenken ist. Doch umgekehrt ist es nicht anders. Das muslimische Bild vom Abendland liesse sich umschreiben als: «*Christen sind Bellizisten*».

Das Schlüsselwort heisst nicht Djihád, sondern Salám

Muslime werden nicht müde darauf hinzuweisen, dass *Islám* und *Salám* (Friede) Synonyme seien. Die Hauptstadt von Tansania heisst Daressalám («Haus des Friedens»), ein Name, der von den Muslimen vielen Orten in

der Welt gegeben wurde, und der auf ein Ideal hinweist, das durch die islamische Lehre gegeben ist: die Priorität des Friedens. Dafür liessen sich zahllose Beispiele anführen, tiefschürfende und vordergründige, auf jeden Fall eine Fülle von Friedensverweisen, die, wenn man sie kennt, in ihrer Gesamtheit eindrucksvoll sind. Daraus ergibt sich ein Bild von der Lehre, das sich vom herkömmlichen und landläufigen Islam-Image krass unterscheidet.

Ob zu Recht oder Unrecht, Muslime sehen sich selbst als diejenigen, die für Frieden eintreten, und die anderen als diejenigen, die sich der Herstellung des Friedens widersetzen. Es geht hier nicht um eine Diskussion unterschiedlicher Friedenskonzepte als ein Panorama, in das der Islam hineinzustellen wäre. Beschränkt man sich auf die groben Züge, dann muss man konstatieren, dass vom Islam, zumindest von der Lehre, starke Friedensimpulse ausgehen. Der Historiker stellt fest, dass es neben der militanten Tradition auch stets eine pazifistische Tradition gegeben hat, und dass bisweilen sogar die pazifistische Theorie sich gegen die militante Praxis behauptete, z. B. als es im 16. Jahrhundert dem marokkanischen Sultan *Al-Mansúr* nicht gelang, seinen Raubzug in die sagenumwobenen afrikanischen Goldreiche als *Djihád* (Krieg zur Verteidigung des Glaubens) deklarieren zu lassen. Die obersten Religionsgelehrten traten entschieden gegen den Timbuktu-Feldzug auf, weil dieser sich islamisch nicht rechtfertigen liess.

Befreiungstheologie auf islamisch

In seiner Anfangsphase in Mekka war der Prophet *Mohammed* dreizehn Jahre lang ein Verkünder der Gewaltlosigkeit. Während der anschliessenden zehn Jahre in Medina machte er verschiedene Abstriche an seiner ursprünglich pazifistischen Lehre. Nun beruft sich der Fundamentalismus bzw. *Islamismus* auf jene letzten zehn Jahre als Kernbereich. Die islamische Mystik dagegen, das *Sufitum*, betrachtet die ersten dreizehn Jahre als grundlegend und verzichtet auf die in Medina gemachten Abstriche, d. h. sie stellt die höheren ethischen Normen von Mekka über die weniger anspruchsvollen von Medina. Damit wird die in Medina erteilte Erlaubnis zum bewaffneten Kampf rückgängig gemacht und zurückgegriffen auf den Pazifismus von Mekka.

Diese Gedankengänge werden zwar nur von relativ wenigen so deutlich nachvollzogen oder systematisiert, doch existieren sie in der einen oder anderen Form und sind oft sogar tonangebend gewesen.

Die pazifistische Tradition versteckte sich nicht immer in esoterischen Sufizirkeln, und die bürgerkriegsähnliche Situation in vielen muslimischen

Staaten dieser Tage hat u. a. mit solchen traditionellen Gegensätzen zu tun. Konkret bedeutet das die Existenz einer breiten Strömung, die den Islam als friedensfördernd versteht, als eine Methodik zur Beendigung von bewaffneten Konflikten. *Gandhi* konnte sich mit seiner Lehre von der Gewaltlosigkeit auf die hervorragendsten islamischen Theologen seiner Zeit stützen, wie *Maulana Abu l-Kalám Azád*¹. Die Tatsache, dass eine Mehrheit der indischen Muslime *Gandhi* dann doch ablehnte, hatte mit dessen widersprüchlicher Bindung an den Hindu-Fundamentalismus zu tun. Sie beruhte nicht auf einer Ablehnung seiner Lehre von der Gewaltlosigkeit.

Im Sudan wurde 1985 der Befreiungstheologe *Mahmúd M. Taha*, genannt «*der afrikanische Gandhi*», öffentlich hingerichtet. Er hatte auf öffentlichen Versammlungen eine sofortige Einstellung der Kampfhandlungen im Südsudan und die Beilegung des Bürgerkriegs durch Aufnahme von Verhandlungen gefordert. Sein Gegenspieler, der Islamistenchef *Hasan At-Turábi*, gelangte 1989 durch einen Militärputsch an die Macht (nicht offiziell, doch als graue Eminenz, und dafür um so effektiver). Seither ist der Sudan, neben Iran, der zweite voll-islamische Staat im Sinne des von den *Islamisten* angestrebten *ideologischen Staates*, der etwas völlig anderes ist als ein *muslimischer Staat*, also ein Staat der Muslime (wozu auch Atheisten oder Kommunisten muslimischer Herkunft zählen). Wir haben es hier mit einer politischen Instrumentalisierung des Islam zu tun, die in vielerlei Hinsicht dem spanischen Klerikalfaschismus (*nacionalcatolicismo*) unter Franco verblüffend ähnelt. Der relativ neue Begriff des Islamismus – er wurde erst in den siebziger Jahren geprägt, steht also für die Umfunktionalisierung der herkömmlichen Religion zu einer politischen Ideologie. Trotz des konfessionellen Antagonismus zwischen Sunniten und Schiiten sowie der Rivalität zwischen Iran und Saudi-Arabien handelt es sich bei beiden Staaten um islamistische Regime, die für die Masse der Muslime in der Welt nicht repräsentativ sind.

Das Regime von Turabi kann sich nur dank massiver Unterstützung aus Iran halten; dazu gehört speziell Waffenhilfe im Krieg gegen die nicht-muslimischen Schwarzafrikaner im Süden des Landes.

Die Mehrzahl der Sudanesen, und das bezieht sich auch auf die Bildungsschicht der muslimischen Nordsudanesen und deren arabisierte politische Elite, ist durch die Erfahrung mit dem militanten Islamismus erst recht in Abwehr zu diesem geraten. Die intellektuelle Führungsschicht des Nordens und des Südens ist sich dadurch näher gekommen. Eine solche Einigkeit zwischen den traditionell verfeindeten Landesteilen hat es zuvor nie gegeben, und dabei handelt es sich nicht nur um eine momentane Stimmung. Der Geist des Pazifisten *Mahmúd M. Taha* hat sich gegenüber dem Terror des Dr. Turabi als stärker erwiesen.

Die Islamisten herrschen nur dank eines machtvollen Unterdrückungsapparats, und im Südsudan vollziehen sie im Namen des Islam einen Genozid am Dinka-Volk, der sich von den «ethnischen Säuberungen» der Gross-Serben in Bosnien-Herzegowina kaum unterscheidet. Doch der Held der Sudanesen in Nord und Süd heisst Mahmúd Taha. Der hingerichtete Mystiker und Friedensapostel gewinnt als Inspirationsquelle von Tag zu Tag an Einfluss.

Dieses Beispiel mag als Illustration für das Phänomen unterschiedlicher Stränge innerhalb ein und derselben Tradition dienen, wie wir sie auch in anderen Kulturreihen kennen. Das pazifistische Element in der islamischen Lehre hat es nicht leicht, sich gegen die Geschichte einer militanten Praxis erkennbar zu machen, doch ist es stets vorhanden.

Bosnien: Merkantiler Pazifismus

Auch Bosniens Präsident *Izetbegović* hat man einen Gandhi genannt, und zwar nicht nur bewundernd, sondern abfällig. Die einstigen kroatischen Verbündeten suchten ihn mit der Bezeichnung «Gandhi» lächerlich zu machen. Er hätte die Aufrüstung Bosniens nicht rechtzeitig in Angriff genommen und hätte keine Kriegsvorbereitungen getroffen.

Im bosnischen Fall brauchte es keinen Pazifisten, um die Sinnlosigkeit eines Waffengangs mit Serbien zu erkennen. Dennoch war es nicht nur Pragmatismus, der *Izetbegović* auf einen Ausgleich mit Belgrad setzen liess, statt sich zu einer Konfrontationspolitik hinreissen zu lassen. Die muslimische Gesellschaft Bosniens, deren Geschichte gewiss auch militante Phasen kennt, besitzt erstens eine uralte pazifistische Tradition im Bogomilentum, welches an das arianische Christentum anknüpft. Der Begründer der im bosnischen Königreich (bis 1463) vorherrschenden Sekte, der aus Bulgarien stammende Mönch Bogomil, lehrte einen strengen Pazifismus. Später wurde dann der Islam nicht als Bruch empfunden, im Gegenteil. Allerdings verband man sich weniger mit der osmanischen «Reichskirche» (soweit man einen solchen Ausdruck auf den sunnitischen Islam bezogen überhaupt verwenden darf), sondern mit dem Sufitum und seinen pazifistischen Tendenzen.

Die unkriegerische Haltung der Muslime im Bosnien vor 1993 war zweitens – und vielleicht primär – ein Ausdruck der Modernisierung, die ihre Gesellschaft durchgemacht hat. Ironischerweise war es gerade eine Folge der Hintansetzung der Bosnier durch die herrschenden Serben und Kroaten nach dem Zweiten Weltkrieg, die sie diese entwicklungsmässig überholen liess, insofern als sie zur Arbeitssuche in Nordeuropa genötigt wurden, wo sie sich gründlich «modernisierten». Im ehemaligen Jugoslawien fand

Europäisierung bzw. «Verwestlichung» – im Sinne einer Verinnerlichung von Demokratie und Pluralismus – nicht nur in Ljubljana, sondern auch in Sarajevo statt. Belgrad und Zagreb gerieten ins Hintertreffen.

Dies soll im gegenwärtigen Zusammenhang weniger als Kommentar zum Jugoslawien-Konflikt dienen, sondern zum Verweis auf die Möglichkeiten muslimischer Gesellschaften, sich gänzlich unterschiedlich voneinander zu entwickeln, sei es *trotz* des Islam oder gerade *wegen* des Islam. Sarajevo war ein Gegenmodell zu Teheran, statt sich wie *die Iraner einem messianistischen Militarismus* zu verschreiben, vertraten *die Bosnier einen merkantilen Pazifismus*, zwei muslimische Selbstverständnisse, die sich gegenseitig ausschliessen.

Teheran bewirbt sich um eine freigewordene Stelle

Die erneute Brandmarkung des Islam als Äquivalent der kommunistischen Gefahr (oder als Ersatz für sie) hat vielerorts Empörung ausgelöst, doch mancherorts auch Genugtuung, besonders in Iran. Die Khomeini-Version des *Islamismus* tendierte bereits 1986 – wenn nicht gar früher schon – dazu, sich als Nachfolger der sowjetischen Herausforderung des Westens zu verstehen. Spätestens seit 1987 betonen libanesische Mitglieder der khomeinstischen *Gottespartei (Hezbollah)* gern, dass es *nach der Konfrontation zwischen Kapitalismus und Kommunismus eine ähnliche Konfrontation zwischen Christentum und Islam* geben werde. In Zukunft hielten die beiden Gegenpole nicht mehr Moskau und Washington, sondern *Teheran und Washington*.

Der Elan der Khomeini-Jünger nährte sich u. a. vom Bewusstsein des nahen Endes der Sowjetmacht, das sie bemerkenswert frühzeitig erkannten. Andererseits war man gerade in Teheran über das Schwinden des Ostblocks besorgt, weil man nunmehr einer einzigen Grossmacht gegenüber steht, ohne den Ausgleich der zweiten. Aus diesem Grund frohlockte die Führungsschicht der «Islamischen Republik» über den Putschversuch in Moskau kaum anders als es die Regime in Kuba, Nordkorea und anderswo taten. Besonders der *radikale Flügel der Islamisten um Khomeini-Sohn Ahmad* zeigte offen seine Präferenzen: *Castro* wird in ihrer Presse als einer der letzten Aufrechten gefeiert, während *Jelzin* als Neo-Kreuzritter und Agent der USA verdammt wird.

Das Ringen um die neuen Muslim-Republiken

Die iranische Regierung hatte zwar den russischen Kolonialismus in Zentralasien stets verurteilt, doch zögerte sie nun mit der Anerkennung der

neuen Muslim-Republiken, durch die für Teheran allerhand Probleme entstehen könnten, insofern, als das ehemals sowjetische Aserbeidschan eine Wiedervereinigung mit dem Turk-sprachigen iranischen Aserbeidschan anstreben könnte, anstatt sich der «Islamischen Republik» anzugliedern. Ebenso könnten die iranischen Turkmenen (Sunniten) in Versuchung geraten, sich mit der Republik Turkmenistan zu vereinen. Ferner könnte sich der von Usbeken bewohnte Nordzipfel Afghanistans mit Usbekistan verbinden wollen. Schliesslich könnte es auch zu einer Vereinigung von afghanisch Tadschikistan mit der Republik Tadschikistan kommen, womit ein sunnitisch-*islamistischer* Staat persischer Sprache entstünde, der womöglich ein pro-saudisches Gegengewicht zu Iran bilden würde, anstatt zu einem Bestandteil Gross-Irans zu werden.

Angesichts der starken Bindung Usbekistans und der anderen zentralasiatischen Republiken türkischer Zunge an die persische kulturelle Tradition kennt man in Theran keine Bedenken, die Angliederung jener Gebiete an Iran voranzutreiben und sogar ihre Einverleibung in ein Gross-Iran in Betracht zu ziehen, ohne dabei ein Blatt vor den Mund zu nehmen.

Daher röhrt die unverhohlene Konfrontationspolitik gegen die Türkei. Vorläufig trifft Ankara in Zentralasien auf mehr Gegenliebe als Teheran. Sprache und Volkstum erweisen sich erst einmal stärker als der Sog der «Islamischen Revolution» Irans. Die USA und die WEU haben der Türkei die Aufgabe zugewiesen, den möglichen Einfluss Irans auf Zentralasien einzudämmen bzw. Teherans *islamistische* Expansionspolitik zu neutralisieren. Ankara hat diese Aufgabe gern übernommen, erhofft es sich doch davon erhebliche wirtschaftliche Vorteile. Zentralasien verspricht der Absatzmarkt zu werden, der den Türken in Westeuropa verschlossen bleibt. Die meisten der neuen Muslim-Republiken öffnen den Türken Tür und Tor, und zwar nicht nur für ihre Baufirmen, sondern auch für ihre Medienprodukte. Ausserdem erhofft sich Ankara vom Westen Finanzspritzen zur Bewältigung des zugeteilten zentralasiatischen Unternehmens.

Teheran reagiert darauf feindselig und bezichtigt Ankara der Agententätigkeit für die USA. Man werde nicht zulassen, dass sich die Türkei in Zentralasien der «Islamischen Bewegung» entgegenstelle. Zwar gibt es auf beiden Seiten immer wieder Bemühungen um einen Ausgleich, doch steht nicht zu erwarten, dass es zu einer für beide Seiten zufriedenstellenden Aufteilung des zentralasiatischen Kuchens kommt².

Vorläufig liegt die Türkei in diesem Wettrennen weit vor Iran, doch ist nicht sicher, ob sie diesen Vorsprung aufrecht erhalten kann; denn die dafür notwendigen Finanzspritzen aus Amerika und Europa sind nicht garantiert. Die wirtschaftliche Misere, die zumindest in einigen der neuen Muslim-Republiken zunimmt, könnte sehr wohl zu einer Stärkung des Islamismus führen, analog zur Entwicklung in Nordafrika, wo Bevölkerungsexplo-

sion und wachsende Arbeitslosigkeit eine Untergangsstimmung hervorgerufen haben, die Teherans revolutionären Parolen offenes Gehör verschafft.

Übertragung des afghanischen Schemas auf andere Konfliktherde

Der nächste wichtige Ansatzpunkt für die Khomeini-Politik der Einflussnahme auf die sunnitische Diaspora ist das Kaschmir-Problem, dass 1989 erneut aufflammte und seither akut geblieben ist. Die Kaschmiri stellen die Mehrheit unter den pakistanischen Emigranten in Grossbritannien und Skandinavien, sie sind aber auch in Kanada und in den USA vertreten. (In England kommen sie vorwiegend aus dem pakistanischen Teil Kaschmirs, in den USA aus dem indischen Teil.) Die pakistanische Regierung befindet sich in einer Zwickmühle. Sie möchte einen bewaffneten Konflikt mit Indien vermeiden und muss deshalb die Kaschmiri mit Polizeigewalt daran hindern, vom pakistanischen Kaschmir aus auf das indische Kaschmir überzugreifen. Solche polizeilichen Massnahmen gegen die kaschmirischen Mujahedin sind jedoch in Pakistan unpopulär. Außerdem werden dadurch die «Nationalisten» verstärkt, d. h. die «Befreiungsfront für Jammu und Kaschmir» (JKLF), die nicht für den Anschluss an Pakistan, sondern für ein unabhängiges Kaschmir eintritt, *nicht für Islamismus, sondern für Säkularismus*.

Islamabad möchte keinen weiteren Krieg mit Delhi, doch schürt es Unruhen in indisch Kaschmir, um die Islamisten dort zu stärken. Dasselbe tut Teheran, obgleich beide unterschiedliche Gruppen von Islamisten unterstützen bzw. ihre machtpolitischen Gelüste mittels eigener islamistischer Verbände durchzusetzen trachten. Trotz dieser doppelten Forderung sind die Islamisten insgesamt noch immer im Hintertreffen gegenüber den Nationalisten (Säkularisten, die für eine von Indien und Pakistan gleichermaßen unabhängiges Kaschmir eintreten). Allerdings steht zu erwarten, dass sich das Kräfteverhältnis zugunsten der Islamisten verändern wird; denn sie erhalten nicht nur Waffen und Geld aus Pakistan und Iran, sondern auch Freiwillige, und zwar kämpfen in ihren Reihen Mujahedin aus Afghanistan und eine Vielzahl arabischer und islamischer Staaten. Nach der Premiere der *Islamistischen Internationale* in Afghanistan ging es sozusagen als «Gastspiel» nach Kaschmir, und von dort aus weiter nach Bosnien, wenngleich nur in geringer Zahl.

Die afghanische Entwicklung könnte sich sowohl in Kaschmir als auch in Bosnien wiederholen: Der anfängliche Widerstand gegen das pro-sowjetische Regime in Kabul war ganz und gar nicht islamistisch, sondern nationalistisch und zum Teil sogar sozialistisch (teils unabhängig, teils

maoistisch). 1979 war das Regime von *Hafizullah Amin* in Kabul nicht von Islamisten bedroht, sondern von der NEFA («*Nationale Einheitsfront Afghanistans*»), ein Zusammenschluss verschiedenster nationalistischer Gruppierungen, unter denen die unabhängige Linke dominierte. Darüber wurde fast nur in Indien und in Frankreich berichtet, den einzigen beiden Staaten, die der NEFA die Eröffnung von Auslandbüros ermöglichten. In Pakistan, wo die NEFA sich verstecken musste, wurden sieben Islam-Parteien (Islamisten und Traditionalisten) aufgebaut, und zwar im wesentlichen von den Pakistanern und Saudis. Der CIA fand den Umgang mit dem ISI («*Interservices Intelligence Directorate*»), seinem pakistanischen Gegenstück, bequem. Es schien alles nach Wunsch zu laufen, ohne dass die Amerikaner sich überarbeiten mussten³.

Das Resultat war eine völlige Entstellung der afghanischen Wirklichkeit. Die Nationalisten, welche die grosse Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hatten, wurden im Kreuzfeuer von Islamisten und Kommunisten aufgerieben. Heute gibt es von der NEFA nur noch Restbestände, und auch diese leben überwiegend im Exil.

Nach diesem erfolgreichen Muster sucht der ISI auch die JKLF aus ihrer dominierenden Position im Widerstand der Kaschmiri zu verdrängen und durch Pakistan-hörige Islamisten zu ersetzen.

Solange der unabhängige Staat Bosnien erhalten bleibt, und sei es nur als Kantonat oder Reservat, wird man die «*Demokratische Aktionspartei*» des Präsidenten Izetbegović kaum durch Islamisten ersetzen können, da es von diesen erst einmal zu wenige gibt (auch in Afghanistan waren sie 1978 zahlenmäßig sehr schwach). Findet sich das bosnische Volk jedoch demnächst nur noch im Exil wieder, wie man aufgrund der Entwicklung befürchten muss, dann werden die Islamisten ein leichtes Spiel haben, in der bosnischen Diaspora die Oberhand zu gewinnen. Für «*Europas Palästinenser*» wird es dann keine Alternative geben. Iranische und saudische Islamisten aber werden ihre Füllhörner über den Flüchtlingen ausschütten, um sie nicht in «*die Fänge der christlichen Mission*» geraten zu lassen. Haben die Islamisten unter den bosnischen Flüchtlingen bisher nur Kopftücher für die Mädchen ausgeteilt, so werden sie in Zukunft Studienplätze verteilen und Arbeitsplätze anbieten. Vor allem aber wird man wieder Tausende von Witwen zu zweiten Ehefrauen erheben, wie schon im Falle Afghanistans⁴. Kurzum, man wird die bosnische Diaspora auf Vordermann bringen.

Als Folge ihrer entsetzlichen Erlebnisse werden die Bosnier eher dazu neigen, sich Irans radikaler «*Gottespartei*» anzuschliessen, als sich dem saudischen Kalifatsanspruch zu verschreiben. Damit werden sie dann auch dem von Iran und Sudan aus gesteuerten Terroristennetzwerk angeschlossen werden, das heute die gesamte Welt umspannt.

Afrikanische Zerreissprobe: Zwischen Islamisten und Evangelikalen

Die Grossmannssucht der «Islamischen Republik» beschränkt sich keineswegs auf die Nachbarstaaten und die traditionelle Welt des Islam, also nicht auf den Mittleren und Nahen Osten, Südasien und Nordafrika. Vielmehr ist Iran auch in Gebieten Schwarzafrikas aktiv, die in der Vergangenheit kaum Berührung mit dem Schi'itentum hatten, es sei denn in Form der libanesischen Auslandsgemeinden. Während es sich bei den millionenstarken Libanesenabkömmlingen in Amerika mehrheitlich um Christen handelt, sind die zahlreichen Libanesen in Westafrika überwiegend Schi'iten. Ein Grossteil von ihnen hat sich bereitwillig in den Dienst der «Islamischen Revolution» gestellt. Fast noch wichtiger aber ist der Einfluss, den Teheran auf sunnitische Schwarzafrikaner gewonnen hat, und zwar besonders dort, wo diese sich innerhalb der Nationalstaaten diskriminiert fühlen.

Das ist fast überall der Fall, am stärksten vielleicht im bevölkerungsreichen Nigeria, wo sowohl Christen als auch Muslime sich in der Mehrheit wähnen und beide überzeugt sind, vom jeweils anderen hintangestellt zu werden. Die von Teheran ausgehende Radikalisierung der afrikanischen Muslime hat nahezu überall zu verschärften Spannungen zwischen Christen und Muslimen geführt, zu einer Eskalation der Feindseligkeiten, deren Ende nicht abzusehen ist. Das trifft auf das ostafrikanische Kenia nicht weniger zu als auf das westafrikanische Gambia.

Evangelikale Heilsprediger aus den USA und Deutschland lassen es an Provokationen nicht fehlen. Statt *Livingstone* oder *Albert Schweitzer* nachzueifern, versuchen sie, *Billy Graham* zu überbieten. In Nigeria wurden 1991 dadurch schwere Unruhen ausgelöst, die mehr als hundert Menschenleben kosteten. Rund zwei Dutzend Kirchen und Moscheen wurden niedergebrannt.

Schi'itische Unterwanderung der sunnitischen Diaspora

Wer diese Entwicklung in der *islamistischen* Presse verfolgt, die dazu reichhaltig Stellung bezieht, der wird in der Tat an die Zeit des kalten Krieges erinnert, als in nahezu jedem Land der Welt prosowjetische kommunistische Parteien am Werk waren. Heute gibt es kaum einen Flecken der Erde, dessen Entwicklung vom internationalen Stab der «Gottespartei» nicht aufmerksam verfolgt und kommentiert wird. Mit Vorliebe nimmt man sich drangsaliertes muslimischer Minderheiten an, seien es die aus Myanmar (Burma) nach Bangladesh vertriebenen Rohingyas oder die kleine Gemeinde indopakistanischer Kaufleute, die sich seit dem Machtantritt des

christlichen Fundamentalisten *Chiluba* in Sambia einer Unterdrückungskampagne ausgesetzt sehen.

Die muslimische «*Diaspora*» im Westen ist gewissermassen das Lieblingsobjekt *islamistischer* Infiltrationsversuche. Auf dem amerikanischen Kontinent dienen Ballungszentren libanesischer und irakischer Schi'iten wie Buenos Aires und Detroit als Ausgangspunkte. An die schi'itischen Hauptmoscheen dieser beiden Städte sind iranische Ayatollahs entsandt worden, umgeben von einem hochkarätigen Stab junger Mitarbeiter aus den arabischen Golfstaaten, d. h. Angehörige der schi'itischen Minderheit in Bahrain, Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie des Irak. Deren Ausbildung und Aufgabenbereich lässt sich mit der von Politkommissaren im früheren Sowjetbereich vergleichen.

In Kanada, den USA und Grossbritannien stellen heute Inder und Pakistaner die Mehrheit unter den eingewanderten Muslimen. Etwa zwanzig Prozent von ihnen sind Schi'iten. Ihre Elite ist breiter als die der Türken in Deutschland oder die der Nordafrikaner in Frankreich. Die aktivisten Verfechter der «*Imamslinie*» (Linie des Imam Khomeini) sind jedoch meist Überläufer aus der sunnitischen Bildungsschicht, personifiziert durch *Dr. Kalín Siddíqi*, den Direktor des Londoner *Muslim Institute*, der wichtigsten Institution des Khomeini-*Islamismus* im Westen. Der Herkunft, dem Werdegang, dem Talent und Temperament nach könnte Kalím Siddíqi ein älterer Bruder *Salmán Rushdis* sein. Die Gemeinsamkeiten sind zahllos. Bis 1979 war Siddíqi ein prominenter Linksintellektueller und erfolgreicher Autor politischer Schriften über Indien / Pakistan. Von Iran und vom Islam wusste er bis zur «*Islamischen Revolution*» weniger als Rushdi.

Die politische Funktionalisierung der *Satanischen Verse*

Die Rushdi-Affäre kann eigentlich nur vor dem Hintergrund der iranischen Einflussnahme auf die muslimische Diaspora im Westen verstanden werden. Die vielen Anstrengungen Rushdis um amerikanische oder europäische Vermittlung zwecks Aufhebung des von Khomeini gegen ihn verhängten Todesurteils sind irreführend; denn nach dem Leben trachtete man ihm in Indien, Pakistan und England, bevor man in Iran jemals seinen Namen gehört hatte. Diese Gefahr würde sich nach Aufhebung des Todesurteils nicht vermindern, sondern noch zunehmen. (Zurzeit verlassen sich manche potentielle Attentäter darauf, dass die Iraner schon dafür sorgen werden).

Die iranische Führung interessiert sich wenig für den Inhalt des Rushdi-Buches, wenn überhaupt. Doch der Sturm der Entrüstung über die «*Satanischen Verse*» unter den überwiegend analphabetischen Gastarbeitern in

England bot Teheran die Gelegenheit, sich zum Schutzpatron der sunnitischen Diaspora aufzuschwingen. Saudis und Ägypter reagierten gelassen auf das schwer lesbare Buch. Diese neue Mässigung der Gralshüter des sunnitischen Islam bot der «Gottespartei» die Gelegenheit, Einbrüche in das sunnitische Lager zu erzielen, die sonst nur schwer denkbar gewesen wären. Muslime aus dem Subkontinent (Bangladesh, Indien, Pakistan) sehen in den «*Satanischen Verse*» das teuflischste Werk aller Zeiten. Von den Arabern, die ihrer Meinung nach als schützende Elitetruppe vor dem Rest der Muslime stehen müssten, fühlen sie sich verraten und verkauft. Trost bietet ihnen allein die «Islamische Republik Iran». Vielleicht, so meinen heute viele, sei das Schi'itentum gar nicht so abwegig wie sie bisher geglaubt hatten.

Teheran ist jede Gelegenheit willkommen, diesen Führungsanspruch zu bekräftigen. Rushdi spielt das Spiel mit, indem er in fast regelmässigen Abständen Appelle an die iranische Führung richten lässt, das Todesurteil doch bitte aufzuheben. Der Autor der «*Satanischen Verse*» schafft es auf diese Weise, im Rampenlicht zu bleiben. Einem anderen Zweck dienen die Appelle nicht, denn dass ihm nicht vergeben wird, weiss er nur zu genau.

In Teheran kann man nur hoffen, dass Rushdi nicht noch ermordet wird, sondern vielmehr mit seinen Gnadengesuchen fortfährt, damit die iranische Führung noch auf viele Jahre hinaus das Todesurteil erneuern kann. Auf diese Weise werden die über die «*Satanischen Verse*» zürnenden pakistanischen Glaubensbrüder in England und Amerika immer wieder daran erinnert, dass es in der Welt nur eine einzige Macht gibt, die mit unerschütterlicher Standhaftigkeit das Banner des Islam hochhält. Einfacher geht es kaum.

Das ist nicht die einzige Karte, mit der Iran von Zeit zu Zeit auftrumpft, sei es im Herzen der islamischen Welt oder in der europäischen Diaspora, in Mekka oder Mainz. Dennoch ist es fraglich, ob die von Teheran betriebene Verteufelung des Westens mehr als vorübergehenden Erfolg bei einer Minderheit der Unterprivilegierten in benachteiligen Staaten der Dritten Welt haben wird. Das Bewusstsein für Demokratie und Menschenrechte ist eher erstarkt als geschwächt. Die iranische Expansionspolitik ist zu durchsichtig, und Teherans Unterstützung für Terroristengruppen in den arabischen Staaten hat mehr Feinde als Freunde geschaffen.

Näher betrachtet eignet sich der Islam doch nur sehr bedingt als neues Feindbild. Gewiss wird man von der Mehrheit der Menschen in der westlichen Welt nicht erwarten dürfen, dass sie den Unterschied zwischen Muslimen und Islamisten stets im Auge behält. Selbst die Fachleute und Intellektuellen werden sich da schwer tun, so wichtig diese Unterscheidung auch ist. Doch bleibt der im Westen als Extremismus wahrgenommene

Islamismus auf wenige Staaten beschränkt. Genau genommen sind das zur Zeit nur Iran und Sudan sowie, mit Einschränkungen, Saudi Arabien und Pakistan. In Afghanistan gibt es zwar eine islamistische Regierung, doch herrscht die nur über einen Bruchteil des allgemeinen Chaos, während der grösste Teil des Landes Kriegsherren untersteht, die mit dem Islamismus wenig gemeinsam haben.

Algerien, Tunesien und Ägypten sind potentiell islamistisch, d. h. die Islamisten sind zwar in der Minderheit, könnten jedoch wegen der allgemeinen politischen Zersplitterung aus freien Wahlen als stärkste Partei hervorgehen. Da sie selbst jedoch Koalitionen mit starken Spannungen darstellen, würden sie ihrerseits schnell zerfallen. Ihr Extremismus ist nicht nur ihre Stärke, sondern auch ihre Schwäche. Sudanesische Unterstützung für islamistischen Terror hat zu einer Art Mobilmachung der Regierungen in der arabischen Welt geführt. Eine gemeinsame Militäraktion mehrerer nordafrikanischer Staaten gegen Khartum ist nicht auszuschliessen. Ebenso wenig auszuschliessen ist die Möglichkeit islamistischer Machtergreifung durch Militärputsche, wie 1977 in Pakistan und 1989 im Sudan. So etwas könnte sich im Jemen wiederholen wie auch in Usbekistan, doch gross sind die Erfolgaussichten nicht.

Laizistische Gegenkräfte

Im Gegenteil: Die Mehrheit der Muslime in der Welt ist immer weniger bereit, sich von den Islamisten vereinnahmen zu lassen. Zwar nimmt die wirtschaftliche Misere und damit das Verlangen nach Alternativen zu den bestehenden Verhältnissen zu, dennoch ist es schwerer geworden, mit religiösen Parolen auf Bauernfang zu gehen – zum einen, weil das Spiel nicht mehr neu ist, zum anderen, weil die laizistischen Gegenkräfte an Entschlossenheit zum Widerstand gewonnen haben.

Ferner ist da die oben erwähnte Verknüpfung von Islamismus und persischem Expansionismus, die selbst im Iran die Kluft zwischen persischem Staatsvolk und den Minderheiten der Azeris, Araber, Belutschen, Kurden und Turkmenen erweitert hat. In arabischen Staaten wie Jordanien hängt die *«Iranian connection»* wie ein Damoklesschwert über den Islamisten. Für viele Araber ist Islamismus damit überhaupt zum Hochverrat bzw. Landesverrat geworden.

Im übrigen sind die Muslime nicht die einzigen Kandidaten für die Nachfolge der Kommunisten als Bedrohung des Westens. In den USA werden die Japaner fast noch häufiger genannt. Manche Beobachter meinen auch, das Problem seien nicht allein die muslimischen Fundamentalisten,

sondern die Fundamentalisten aller Religionen. Es gibt allerdings auch überall Menschen, die auf ein Feindbild überhaupt verzichten möchten.

¹ Azád war erster Erziehungsminister im unabhängigen Indien. Seine Übersetzung des Korans gilt als die beste in der Urdu-Sprache und wird als solche auch von seinen politischen Gegnern in Pakistan anerkannt. Es gibt sogar eine englische Übersetzung (von Syed Abdul Latíf, Sindh Ságar Academy, Lahore 1973) seiner Urdu-Übersetzung, die wiederum eine der besten Übersetzungen der Heiligen Schrift des Islam überhaupt ist. Siehe dazu meine in Kürze erscheinende Studie, Ein Martin Buber des Islam – Maulana Abu l-Kalám Azád. – ² Ausführlich behandelt bei Khalid Durán, Rivalries Over the New Muslim Countries, Außenpolitik; Hamburg, IV/92, S. 373–380. – ³ Siehe dazu die am Institut für Iranistik der Freien Universität Berlin verfasste, umfassende Dissertation von Michael Pohly, Krieg und Widerstand in Afghanistan. Berlin: Das Arabische Buch, 1992. – ⁴ Ausführlich bei Khalid Durán, Afghanistan und die Araber – Widersprüchliche Positionen zum Freiheitskampf der Mujahedin, Vierteljahresberichte (Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung), No. 117, Bonn: Verlag Neue Gesellschaft, September 1989, S. 273–281.

Schriftliche Fassung eines Referats gehalten im Dezember 1992 anlässlich der Tagung «The State of Peace», einer alljährlichen Versammlung von Friedensforschern, zu der das European University Center for Peace Studies auf Burg Schlaining in Österreich entlädt.

«Noch Dante Alighieri (1265–1321) verbannte Muhammad im Inferno seiner Göttlichen Komödie in den neunten der zehn düsteren Schächte, in der sich die ‹Festung des Satans› befand. Hier war er als Stifter von Skandal und Zwietracht dazu verurteilt, unaufhörlich von Kopf bis Fuss aufgeschlitzt zu werden (›Hölle‹, XXVIII. Gesang).

Dieses willkürlich entstellte Islam- und Araberbild entsprach dem Bedürfnis der römischen Kurie, Hass gegen die feindlichen ‹Ungläubigen› aus dem Morgenland zu schüren. Damit wurde nicht zuletzt auch die Ablösung der karolingischen Reichsidee, die ganz auf Kontinentaleuropa gerichtet war, durch die päpstliche Ideologie der lateinisch-christlichen Einheit des Abendlandes eingeleitet. Mit ihr waren die Voraussetzungen für den Kampf der christlichen Bevölkerung Spaniens gegen die arabisch-islamische Herrschaft auf der Iberischen Halbinsel – die ‹Reconquista› – geschaffen. Sie ermöglichte aber vor allem die Durchführung der Kreuzzüge vom ausgehenden 11. bis weit in das 13. Jahrhundert hinein.

Auch die herausragenden Leistungen grosser islamischer Geister in der Abbasidenzeit (750–1258) haben dem Zerrbild von der feindlichen arabischen Welt nicht entgegenwirken können – obwohl sie abendländische Gelehrte nachhaltig beschäftigt, beeinflusst und befruchtet haben.»

Hans Bräker, Es wird kein Friede sein.

Der islamische Orient im Zwangsgriff von West und Ost, München / Zürich 1992, Artemis & Winkler, S. 30, 31.